

NULL SUBSTANZ BEI ALLEN FRAGEN

Rede von Volker Ratzmann zur Regierungserklärung von Klaus Wowereit im Abgeordnetenhaus am 14. Dezember 2006

Der Regierende Bürgermeister bestimmt die Richtlinien der Politik, jetzt auch in Berlin, das ist die neue Verfassungslage. Der Regierende Bürgermeister hat Richtlinien vorgelegt, seine Visitenkarte, sein Programm für die nächsten fünf Jahre oder das was er dafür hält.

Berlin ist politisch, finanziell und ökonomisch in einer sensiblen Phase – ich frage mich, ob Klaus Wowereit und Harald Wolf ernsthaft meinen, dass das heute vorgelegte ein Programm für die Zukunft Berlin sein kann.

Herr Wowereit: Wir Bündnisgrüne haben den Text studiert, haben ihren Erläuterungen gelauscht.

Wir sind erstaunt:

Bei allen wesentlichen Themen: Hauptstadtfrage, zukünftige Herausforderungen an die Metropole Berlin, bei ihrem Credo, Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen: überall keine Substanz.

Ganz zu schweigen von einem Angehen der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen dahinter: Soziale Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit.

Wofür steht die Regierung Wowereit in ihrer zweiten Legislaturperiode?

Keine Vision, kein Leitbild, kein Projekt, kein Ziel, keine Richtung! Da ist nichts zu finden.

60 Einzelpunkte bunt durch einander, wahllos, phantasielos und am Ende fürchte ich auch erfolglos. Ohne Prioritäten oder erkennbare Schwerpunktsetzung.

2001 gab es noch die Ankündigung des Mentalitätswechsels – immerhin. Da war so etwas wie Aufbruchsstimmung. Raus aus der Subventionsmentalität. Das war ihre Ansage!

Heute steht als Punkt eins auf ihrem Wunschzettels: Geld vom Bund. Sie fallen zurück hinter das, was Sie einst selbst durchbrechen wollten.

Regierender Bürgermeister von Berlin – das ist doch was, da gab es immer wieder große, die der Stadt Profil Richtung und Bedeutung gegeben haben. Davon spürt man so gar nichts. Wofür steht Wowereit, wofür brennt er, was ist sein Thema? Welches Profil kann er Berlin noch geben?

Die totale mediale Entzauberung nach dem schönen Sommermärchen WM zeigt: die heiße Luft der ersten Legislatur ist verbraucht. Die Regierung hat – auf Fußball deutsch – fertig, bevor sie angefangen hat. Ein Fundament dieser Koalitionsbildung sollte sein: die Einheit der Stadt vollenden in West und Ost. Das kommt in den Richtlinien gar nicht vor! Nicht ein Projekt dazu, nicht ein konkreter Vorschlag.

Dafür wir sehen und hören etwas anderes:

Frau Nehring-Venus, vormals Stadträtin, jetzt Staatssekretärin bei Harald Wolf, erteilt der Stadt eine Lektion in jüngerer deutscher Geschichte, auf ihre Sicht von der Einheit. Stalinistische Diktatur war danach eine Reaktion auf den kalten Krieg. Zwangsvereinigung von SPD und KPD: war ja nicht nur alles erzwungen.

Ich meine: dass sich die Berliner SPD so etwas bieten lässt ist eine Sache. Scheinbar ist das Thema für sie nach einer Legislatur rot-rot durch. Der 60zigste Jahrestag der Zwangsvereinigung – im April diesen Jahres – war weder SPD noch PDS eine Erklärung wert. Wäre im Wahljahr vielleicht auch nicht so gut gekommen.

Das war zum 55 Jahrestag 2001 noch anders. Da hatte die PDS Führung noch Verantwortung übernommen. Gabi Zimmer und Petra Pau haben sich für politische Täuschung, Zwang und Repressionen bei der Zwangsvereinigung entschuldigt. Die Verfolgung von Sozialdemokraten durch die SED dürfe nicht verdrängt werden.

Vergessen die schönen Worte. Heute hört sich so an:

Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei. PDS zum 60. Jahrestag der Gründung der SED:

„Am 21. und 22. April 2006 jährt sich zum 60. Male die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD.“

Meine Damen und Herren, da verändert sich doch gerade was. Da offenbart sich doch nicht nur eine kritische Geschichtsauffassung von Frau Nehring-Venus. Herr Liebich, Sie haben anlässlich der Debatte um Flierls Versagen in Hohenschönhausen hier im Plenum gesagt: „Vielleicht wird unsere Regierungsbeteiligung von einigen ewig gestrigen als Zeichen missverstanden.“ Mittlerweile könnte man glauben, dass damit der eine oder die andere auch Politik macht. Aber da darf es kein Vertun geben. Das darf nicht sein.

Und das verlangen wir auch von Ihnen, dass sie da klar stehen. Wir verkennen historische Zusammenhänge nicht und wir verkennen auch die Bedeutung der Sowjetunion bei der Befreiung Deutschlands vom Faschismus nicht. Auch dafür haben wir gestritten, als es um die Relativierung des Achten Mai ging. Aber wenn Thomas Flierl in Hohenschönhausen vor der Stasi Seilschaft kneift, wenn plötzlich ihre Parteiführung beim Begräbnis von Markus Wolf auftaucht und wenn Frau Nehring-Venus als jemand, die immer zu den SED Kritikerinnen gehörte, solche Töne anschlägt, dann muss man alarmiert sein. Das ist nicht nur eine kritische Sicht auf die Geschichte. Diese Art von schleichender Relativierung geht uns alle an, gerade wenn sie von einer Regierungspartei kommt. Auf ein solches Projekt „Einheit der Stadt“ kann Berlin verzichten.

Und das darf auch die SPD nicht zu lassen und vor allem darf es der Regierende Bürgermeister nicht zu lassen, wenn er was auf sich hält. Das müssen sie richten und nicht bei aller Wertschätzung der Pressesprecher der Fraktion.

Das zweite Credo der SPD: Soziale Gerechtigkeit für die Stadt:

Ja, richtig und gut. Ein sehr berechtigtes Anliegen. Nach fünf Jahren rot-rote Regierung in Berlin ist das notwendiger als je zuvor, berechtigter als in den vergangenen Jahrzehnten und berechtigter als in anderen Großstädten der Bundesrepublik. Jedes vierte Kind in Berlin lebt unter der Armutsgrenze.

Aber dann wollen wir auch sehen, was sie umsetzen wollen.

Mohammed Yunus, Bankier aus Bangladesh hat für seine Projekte zur Bekämpfung der **Armut** den Friedensnobelpreis bekommen. Das ist ein großes Thema. Bei der Preisverleihung hat er gesagt: „**Armut** hat keinen Platz in der zivilisierten Gesellschaft. Armut gehört ins **Museum**“ Ein visionäres Ziel! Und er hat was draus gemacht und was erreicht.

Die rot-rote Variante für Berlin können sie unter Punkt 38 in den Richtlinien nachlesen: vier dürre Rinnsale, ein paar Ladenhüter aus der sozialdemokratischen Mottenkiste und ansonsten Leere.

Und das, meine Damen und Herren, zieht sich durch die Leitlinien.

Visionäre Leitbilder oder auch nur klare Ziele haben wir weder gehört noch gelesen – in Wort und Schrift kein Weg.

Als Grüner sage ich: Schade um den Baum für das Papier auf dem das gedruckt steht.

Aber messen wir sie auch an ihren Taten.

Wir haben in letzter Zeit einige Kostproben Ihrer Regierungskunst gesehen: Motto Wegducken vor der Verantwortung. Dafür zielsicher mit beiden Beinen von Fettnapf zu Fettnapf.

Der furiose Auftritt nach Karlsruhe als Ouvertüre.

Dann die Audienz bei Merkel; ganz großes Theater, aber leider völlig in die Hose gegangen, peinlich für Berlin; entweder sie haben einen gut vorbereiteten Termin, bei dem klar ist, was rauskommen soll – dann kann man vorher was verkünden; oder alles ist unklar: dann hingehen und für Berlin kämpfen, aber vorher einfach mal die Schnauze halten alles andere geht schief und ist es ja auch.

Dann die grandiose Wahl zum Regierenden Bürgermeister, die Nagelprobe für die Zuverlässigkeit der Koalition. Auch gründlich in die Hose gegangen.

Das Ganze gerahmt von dem geschickten Agieren unseres Herrn Präsidenten, der mit geradezu schlafwandlerischer Sicherheit den Wahlakt selbst auch noch zu einem ganz großen Theater machte.

Kaum aus Afrika zurück der erneute Auftritt des Regierenden Bürgermeisters zum Thema: Warum ich meine Kinder nicht auf eine Kreuzberger Schule schicken würde. Erst die Kampfansage von Sarrazin an die Bezirke, dann gleich noch eins drauf. Gutes Timing. Dass Sie damit die Kreuzberger Eltern auf die Palme bringen, war klar. Dafür haben Sie sich ja auch entschuldigt – zu Recht, da gab es auch was zu entschuldigen. In Kreuzberg gibt es gute und schlechte Schulen wie überall in Berlin. Da muss man auch nichts schön reden. Man muss sich allerdings schon fragen, wie das dem Regierenden Bürgermeister nach fünf Jahren Regierungsverantwortung bei einem der Top-Themen der Stadt – Bildung – so ein Ausrutscher passieren kann. Und man muss sich auch fragen, wie ernst Sie ihre eigne Programmatik nehmen.

Sie versprechen, soziale Gerechtigkeit für die ganze Stadt, aber Ihre Kinder nach Kreuzberg – niemals.

Da offenbart sich doch was: Sie glauben doch ihren eigenen Versprechungen nicht.

Und, meine Damen und Herren, damit noch nicht genug:

Der krönende Abschluss bisher: 95 Tonnen Gammelfleisch vagabundieren durch die Stadt und die Verbraucherschutzsenatorin weiß von nichts. Die ganze Bundesrepublik und halb Europa werden alarmiert aus der Senatsverwaltung. Nur Frau Knake-Werner ist ahnungslos.

Frau Lompscher tut jetzt so, als hätten wir Regierungswoche drei in einer neuen Koalition, die mit der vergangenen Legislatur gar nichts zu tun hat.

Mit der Taktik lassen sie ja selbst Herrn Schnappauf, den König der Lebensmittelskandale, noch erblassen.

Wir befinden uns im Jahr acht nach BSE, ein Lebensmittelskandal jagt den nächsten, Verbraucherinformation ist mit ein heißes Thema. Seit Jahren wird darüber diskutiert, wie bundes- und europaweit grenzüberschreitend Information gewährleistet werden kann. Und die zuständige PDS ist nicht in der Lage, den Informationsfluss über eine Bezirksgrenze hinweg zu organisieren.

Klar, Schuld ist – wieder – die Verwaltung. Das scheint so der neue Stil der Koalition zu werden. Nicht die politische Führung trägt die Verantwortung, sondern die Verwaltung. Da mögen ja auch Fehler passiert sein.

Aber die Verantwortung dafür tragen Sie, Frau Knake-Werner, niemand anders.

Das alles macht doch nur eines deutlich: Die Verantwortlichen haben ihren Laden nicht im Griff – ob Regierender Bürgermeister, Parlamentspräsident oder Senatorin – das klappt nicht.

Und das schlimmste ist, dass sie diese Ohnmacht dann auch noch zur Strategie machen, weil sie nichts anders anzubieten haben.

Meine Damen und Herren,

diese Koalition hat weder Ziel noch Ideen. Und sie weigert sich beharrlich, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen – nach der Abgeordnetenhaus Wahl, nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Diese Regierung ist schwach und kraftlos.

Eine Regierung der Ohnmächtigen, die in ihren Regierungssesseln darauf warten, dass sie jemand

aufweckt. Das ist ihre Strategie, weil sie der Verantwortung, die sie übernommen hat, nicht gerecht werden kann. Mit dieser Regierungspolitik stellt die Regierung Wowereit Berlin auf das Abstellgleis. Eine Katastrophe für die Stadt.

Meine Damen und Herren,

Berlin ist die Hauptstadt der Bundesrepublik. Mit der Klausel im Grundgesetz wird Berlins Bedeutung unterstreichen. Aber: im Gegensatz zu Ihnen, Herr Wowereit, glaube ich nicht, dass es bei der Hauptstadt Klausel im Grundgesetz in erster Linie ums Geld gehen kann. Als ob wir nicht schon Milliarden kriegen würden. Wer diese Vorschrift jetzt als Anspruchgrundlage gegenüber dem Bund und den anderen Ländern missbraucht, der verspielt auch noch das letzte bisschen Kredit, das Berlin noch hat.

Jetzt geht es darum erst mal **unsererseits** klar zustellen, dass wir tatsächlich Hauptstadt sind, dass wir bereit sind diese Rolle auch aus zu füllen, dass wir die Debatte suchen mit den anderen Ländern über Rolle und Funktion. Und dazu gehört zu aller erst klar zustellen, dass Berlin vertragstreu ist, dass wir unseren Part der Abmachung Humboldt Forum einhalten. Dass wir unsere Zusage bei der Sanierung der Staatsoper einhalten. Herr Müller, Sie haben neulich auf einer Veranstaltung des Forums Zukunft Kultur sehr vollmundig behauptet, das würde geschehen. Ich lese eher das Gegenteil in den Richtlinien.

Sie verlangen vom Bund die zeitliche Streckung der Verpflichtungen Berlins beim Bau der U 5. Was ist mit der Streckung der Einsparsumme bei der Opernstiftung? Was wollen Sie tun um die Baustelle Opernstiftung weiter zu bearbeiten? Das war doch wohl Teil des Deals aus dem Hauptstadt Kulturvertrag?

Ich glaube, bevor Sie etwas verlangen können, müssen Sie erst mal liefern und Sie täten gut daran, das ernsthaft zu tun.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen für die Stadt liegen auf der Hand. Berlin hat sich zu einer der beliebtesten Städte Europas entwickelt. Die Tourismusbranche boomt, Studierende wollen hier ihren Start ins Leben wagen, junge kreative Menschen zieht es hierher.

Das ist die eine Seite.

Aber es gibt auch das andere Berlin, das der hohen Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Armut gerade unter Kindern. Berlin hat Probleme und Berlin hat Chancen.

Beides erfordert klare Prioritätensetzungen und ein klares Leitbild.

Berlin kann und muss sich zu einer ökologisch, ökonomisch und finanzpolitisch nachhaltigen, sozial verantwortlichen Metropole entwickeln, einer Metropole der Vielfalt und der Transparenz, mit einer Bürgergesellschaft, in der jede und jeder eine Chance bekommt – nicht mehr und nicht weniger.

Wir Grüne wollen die Zukunftschancen der Menschen sichern und damit die Entwicklung der Stadt voranbringen. Das ist unser Bild von der Stadt, von einem Berlin als Modell

- für soziale Gerechtigkeit
- für Chancengerechtigkeit
- für Generationengerechtigkeit

Vor drei große Herausforderungen stehen wir:

- Chancengerechtigkeit erfordert gute Bildung,
- Soziale Gerechtigkeit erfordert nachhaltiges, qualitatives Wachstum, Arbeit und gerechte Verteilung.
- Generationengerechtigkeit erfordert kalkulierbare Haushaltsrisiken.

Wir alle wissen, dass Zukunftschancen und Bildung untrennbar miteinander verbunden sind. Wer Chancen- und soziale Gerechtigkeit herstellen will, muss die Bildungs**qualität** verbessern. Bildung muss Priorität haben – das haben wir alle im Wahlkampf betont.

31 Zeilen von insgesamt 27 Seiten sind bei der Regierung davon übriggeblieben, weniger als für den Sport.

Die 31 Zeilen könnten es ja jetzt in sich haben – wenn darin klare Ziele und Angebote formuliert wären: etwa Absenkung der Schulabbrecherquote um x Prozent, Halbierung des Unterrichtsausfalls, Revolutionäre Arbeitszeitmodelle und Qualifizierungen für LehrerInnen, Schule als Arbeitsplatz und Ganztagsbetreuung.

Was gibt es bei Rot-Rot:

Drei Projekte: 22 Millionen für das Modellprojekt der PDS, 400 neue Referendars- und Lehreranwärterstellen und drei Prozent Vertretungsreserve an die Schulen gegen den Unterrichtsausfall. Das ist das Angebot der Regierung.

Wir bezweifeln, dass das die Antwort auf die Schulmisere in Berlin ist.

Die langfristige Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ist richtig, längeres gemeinsames Lernen kann helfen. Aber das löst jetzt nicht das Berliner Schulproblem. Senator Zöllner hat da vollkommen recht. Schulstrukturen zu ändern reicht nicht. Und wir bezweifeln, dass das Geld, das sie ausgeben wollen, richtig eingesetzt ist.

Das drängendste Problem in Berlin ist die Bildungsqualität an den Hauptschulen. Die von Ihnen vorgesehene zwölf bluhmschen Experimentierschulen nutzen uns da wenig. Wir haben vorgeschlagen, zunächst aus Haupt- und Realschulen neue Sekundarschulen zu machen und zwar flächendeckend. Ab 2009 keine neuen Hauptschulklassen mehr und gleichzeitig die Unterrichtsqualität für alle verbessern. Mit den 22 Millionen können alle Hauptschulen zu Ganztagschulen gemacht werden. Das stärkt die soziale Kraft der Schulen. Das bringt mehr als jetzt viel Kraft, Arbeit und Geld in ein Schulprojekt zu stecken, das flächendeckend nichts bringt.

Meine Damen und Herren,

wir haben uns mit der SPD über die Bildungsfinanzierung gestritten. Und mir ist der Vorwurf noch ziemlich gut im Ohr, wir würden das Geld mit vollen Händen rausschmeißen wollen.

Wir bleiben dabei: Mit Geld allein macht man keine gute Bildungspolitik. Und nach Karlsruhe ist sparen angesagt. Aber: wenn sich eine Investition immer lohnt, dann die in Bildung. Und das heißt konkret: Verbesserungen für alle Hauptschulen – nicht nur für zwölf. Die jungen Menschen können nicht mehr warten!!!!

Es wundert uns schon auch ein bisschen, dass die SPD trotz ihrer Wahlversprechen jetzt doch der PDS zuliebe den Kampf gegen die Gymnasien aufnimmt. Aber wahrscheinlich vertraut sie wie beim letzten Mal darauf, dass eh nicht alles umgesetzt wird, was im Koalitionsvertrag stand. Ich erinnere da an die Kennzeichnung der Polizei. Und wer glaubt schon an die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe. Die hat es nicht mal bis in die Richtlinien geschafft. Die Halbwertszeiten von PDS Versprechen verkürzen sich dramatisch. Sie sollten noch mal genau lesen, ob sie dem wirklich zustimmen wollen. Sie haben ja gesehen, wie schnell die 880 Wohnungen in Marzahn weg waren, da war die Tinte unter dem Koalitionsvertrag Vertrag noch nicht trocken. Und nix von wegen Genossenschaften und Mieter – Heuschrecke wie sie im Buche steht. Und ehrlich gesagt: Ich kann mir auch vorstellen, wer sich bei ihrem Tänzchen um den Personalabbau durchsetzt. Unser Vertrauen in die PDS ist da nachhaltig getrübt.

Es war ja schon recht großzügig von der SPD, dass sie Ihnen da so ein paar ideologische Bolzplätze eingeräumt hat, damit Sie vor Ihrer Basis so tun können, als hätten sie sich ein bisschen durchgesetzt.

Aber sie glauben doch nicht wirklich im Ernst, dass die SPD ihnen auch nur einen kleinen Erfolg

gönnt. Das hat Herr Lindner in der letzten Sitzung schon richtig gesagt. Den Sozis geht es darum sie klein zu machen. Nachdem Herr Wowereit mit seinen grandiosen Auftritten seinen ganzen Kredit auf der Bundesebene auch bei seinen Parteifreunden verspielt hat, hat er ja nur noch eine quasi historische Chance: PDS platt machen.

Zweitens. Die Chancen: Meine Damen und Herren, Politik für die Chancen der Stadt sieht im Jahre 2006 als das, was rot-rot anbietet. Dafür muss man sich verabschieden von der Industriepolitik sozialdemokratische Machart.

Wachstum, Aufschwung und Arbeitsplätze kommen in anderem Gewand daher. Ich gebe zu, das ist nicht rot: das ist grün.

1990 hat man uns noch vorgeworfen: alle reden von der Einheit, die Grünen reden vom Wetter – heute sieht es anders aus, heute reden alle vom Wetter bzw. Klima.

Kofi Annan hat die politischen Zauderer kritisiert. Beim Klimaschutz herrsche ein „erschreckender Mangel an Führungswillen“, sagte er. Klaus Wowereit darf sich angesprochen fühlen. Berlin hätte die Chance, als Modellstadt des Klimaschutzes nach vorne zu gehen.

Aber die Regierung Wowereit hat nicht mal die Kraft, ein Klimaszutzziel zu formulieren, das über 2010 hinausgeht – klar, so lange hält das eh nicht.

Wir Grüne sagen: Im Klimaschutz stecken ein Menge ökonomisches Potenzial und Arbeitsplätze. Die internationale Nachfrage nach Effizienztechnologien, Energiesparprodukten und Erneuerbaren Energien wird weiter wachsen – und mit ihr die Anzahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich. Die Koalition tut nichts dafür, dass diese Arbeitsplätze in Berlin entstehen.

Modellstadt für Klimaschutz und erneuerbare Energie, dezentrale Energieversorgungseinheiten durch Kraftwärmekopplung statt Vattenfalls Braunkohlekraftwerk – das sind unsere Ziele für die Stadt.

Die ökologische und die ökonomische Vernunft gebieten es: Wir dürfen den Klimaschutz nicht links liegen lassen.

Meine Damen und Herren,

die dritte Herausforderung in und für Berlin ist und bleibt die Konsolidierung des Haushalts. Hier geht es um Generationengerechtigkeit und das ist offensichtlich eine Frage des Mutes.

Und das heißt: Die finanziellen Risiken für die kommende Generation dürfen nicht unkalkulierbar werden.

Berlins Bevölkerung musste bereits viel aushalten für die verfehlte Haushaltspolitik der 90ziger Jahre und Berlin hat in den vergangenen fünf Jahren eine große Strecke auf dem Konsolidierungspfad zurückgelegt. Das verdient Anerkennung. Aber wenn wir jetzt aufhören, wenn sich die Verweigerungshaltung des Senates durchsetzt, war alles umsonst.

Berlin verliert absehbar bis 2020 zwei Milliarden Euro Einnahmen.

Die lapidare Feststellung in der Finanzplanung „Auf diesen Einnahmenrückgang werden schlüssige Antworten erst noch gefunden werden müssen“.

Der Senat will in der nächsten Legislaturperiode, nicht etwa jetzt 1,3 Milliarden mehr einnehmen – wie weiß der Himmel.

Er will eine Milliarde mehr ausgeben – wo, weiß der Himmel, und 700 Millionen pro Jahr mehr einsparen – wodurch weiß der Himmel.

Das ist angewandtes Spaltungsirresein. Mit anderen Worten: Das Problem soll der PDS zuliebe auf die nächste Legislatur verschoben. Nur: Die Belastungen galoppieren weiter.

Wir Grüne wollen das Problem anders angehen. Wenn wir 2008 anfangen, zusätzlich 400 bis 500 Millionen ‚reinzuholen, wächst die Belastung nicht. Allein mit der Erhöhung der Gewerbesteuer könnten 150 weitere Millionen eingenommen werden.

Blieben zwischen 250 und 350 Millionen einzusparen. Die sind machbar.

Allein im Personalbereich sind weitere Einsparungen möglich, wenn man mit dem neuen Beamtenrecht nicht nur leistungsabhängige Bezüge einführt, sondern sich auch traut, über einen Solidarpakt für Beamte nachzudenken, über neue Modell für die Versorgung. Da wäre viel drin.

Auf eines können sie sich verlassen: Den ruhigen Schlaf der Koalition der Ohnmächtigen in ihren Regierungssesseln wird es mit uns nicht geben. Ein paar Kostproben aus der Opposition haben sie bekommen.

Und wir werden es ihnen auch zukünftig nicht durchgehen lassen, dass sie sich mit ein bisschen Rhetorik für ihre Zielgruppen und ein bisschen Ideologieaustausch zwischen den Koalitionspartner durchmogeln.

Wir wollen etwas für die Stadt und ihre BewohnerInnen erreichen. Wenn Sie unsere konstruktive Mitarbeit wollen, legen Sie etwas tragfähiges und zukunftsorientiertes vor. Wir haben das Angebot gemacht.

Sie sind bisher den Beweis, dass sie etwas anzubieten haben und dass sie auch fähig sind, mit der Opposition in Dialog zu treten, schuldig geblieben.